



Protokoll Wasserforum Bayern 2014

Augsburg, 07.03.2014

- *Begrüßung (Prof. Dr. Ing. Martin Grambow, StMUV)*
Prof. Dr. Grambow eröffnet die Veranstaltung und begrüßt die Teilnehmer zum 14. Wasserforum Bayern. Er weist auf die Bedeutung der WRRL, HWRM-RL und der MSRL hin. Bei allen diesen RL besteht die Verpflichtung zur Öffentlichkeitsbeteiligung und das ist auch gut so.

Die Politik muss mit den erkennbaren Herausforderungen fertig werden: der Klimawandel als globale Herausforderung, die Vielzahl der Stoffe, die in die Umwelt gelangen, das Risiko durch Überschwemmungen, auch Änderungen in der Ernährung weltweit wirken sich z.B. auf die Wasserverfügbarkeit und Wasserversorgung aus. Dabei entstehen, wie schon in früheren Wasserforen diskutiert, auch Konflikte zwischen den wasserwirtschaftlichen Belangen und den unterschiedlichen Interessen und Nutzungen z.B. der Wasserkraft oder der Landwirtschaft. Was kann das Wasserforum (WF) leisten? Das WF soll informieren, auf den aktuellen Stand bringen, aber auch der Verwaltung Gelegenheit geben zuzuhören. Mit den meisten Verbänden bestehen aber auch andere Gelegenheiten zum Austausch.

Für diese Forumsveranstaltung wurde ein Fragebogen vorbereitet, um Rückmeldungen zu Format und Inhalt des Wasserforums zu erhalten. Es ist Pflicht und Aufgabe der Verbände ihre Interessen darzustellen, allerdings gibt es gegensätzliche Positionen, über diese muss gesprochen und Lösungen in demokratischen Prozessen gefunden werden. Dies ist besonders schwierig, wenn es um Kerngebiete der Wasserwirtschaft geht.

I Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL)

- *Vortrag „Hochwasserrisikomanagement in Bayern – Wo stehen wir?“ (Erich Eichenseer, StMUV)*
- *Vortrag „Hochwasserrisikomanagement aus Sicht des Katastrophenschutzes“ (Hans Ellmayer, StMI)*
- *Vortrag „Beteiligungsmöglichkeiten für Verbände bei der Aufstellung von Hochwasserrisikomanagement-Plänen“ (Gabriele Merz, LfU)*
- Bis Ende 2015 werden für die bayerischen Einzugsgebiete von Donau, Elbe und Rhein Hochwasserrisikomanagement-Pläne aufgestellt. Für Verbände besteht die Möglichkeit

sich am Planaufstellungsprozess zu beteiligen. Bei der Erstellung des Planentwurfs können sie Hinweise zur Risikobewertung und Maßnahmenauswahl in den Planungseinheiten formulieren. Zusätzlich können sie sich im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung am Scoping (nur anerkannte Naturschutzverbände) beteiligen und Stellungnahmen zum Umweltbericht abgeben.

- Vortrag „Wertach vital – ein Projekt zu ganzheitlichen Flusssanierung“ (Ralph Neumeier, WWA Donauwörth)

Die Konzeption, die bisherige Umsetzung und die ersten Ergebnisse des Projektes „Wertach vital“ des Wasserwirtschaftsamtes Donauwörth wurden vorgestellt. Die Planung und Umsetzung des Projektes erfolgte in einem transparenten und offenen Prozess im Sinne der Partizipation der europäischen Richtlinien und berücksichtigt die unterschiedlichen Anforderungen und Aspekte an eine ganzheitliche Sanierung stark veränderter, alpin geprägter Flüsse:

- Stabilisierung der Flusssohle – möglichst Gleichgewichtszustand
- Wiederherstellung Wechselbeziehungen Fluss – Aue
- Verbesserung Gewässerökologie - Strukturvielfalt, Durchgängigkeit, Dynamik
- Sozialfunktion - lebendige und attraktive Flusslandschaft
- Verbesserung Hochwasserschutz – technische Maßnahmen und HW-Rückhalt

Diskussion

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Sind die Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten wirklich nur eine unverbindliche Entscheidungshilfe für die Bauleitplanung? Können sich die Gemeinden über die Erkenntnisse aus den Karten hinwegsetzen?

Eichenseer (StMUV)

Die Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten sind die Grundlage für die Hochwasserrisikomanagement-Planung an ca. 7.650 km Gewässer. Sie zeigen die Flächen, die bei einem 100-jährlichen Hochwasser, bei einem Extremhochwasser und gegebenenfalls bei einem häufigen Hochwasser betroffen sind. Die Flächen, die bei einem 100-jährlichen Hochwasser betroffen sind, werden in einem eigenen Verfahren als Überschwemmungsgebiete amtlich festgesetzt. Dort dürfen grundsätzlich keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden. Das Extremereignis dient zusätzlich als Informationsgrundlage für kommunale Planungen.

Unbekannt¹

Im Landkreis Dingolfing-Landau gibt es 98 Feuerwehren. Im Vergleich zu anderen Regionen Bayerns gibt es hier bisher nur wenige Erfahrungen mit Hochwasser und daher auch weniger

¹ Wortmeldung kann anhand Teilnehmerliste nicht zugeordnet werden

Kapazitäten. Werden auch überörtliche Ressourcen für das Hochwasserrisikomanagement bereitgestellt? Gibt es finanzielle Unterstützung?

Ellmayer (StMI)

Die im Rahmen der gemeindlichen Alarm- und Einsatzplanung Hochwasser vorzusehenden Maßnahmen werden vielfach ohne größeren Kostenaufwand umsetzbar sein. In der Regel wird hierzu auf in der jeweiligen Gemeinde bereits vorhandenes Einsatzpotenzial zurückgegriffen werden können. Unabhängig davon sind – wie in der Vergangenheit - staatliche Förderprogramme zur Beschaffung Hochwasser bezogener Einsatzausstattung geplant.

Nagl (Bund Naturschutz Bayern)

Im Raum Deggendorf war ein erheblicher Teil der Schäden beim Hochwasser im Juni 2013 auf ausgelaufenes Heizöl zurückzuführen und es mussten zahlreiche Gebäude abgerissen werden. Wie wird auf höherer Ebene mit der Gefahr durch gefährliche Stoffe umgegangen?

Ellmayer (StMI)

Mit gemeinsamem Schreiben vom 20.12.2013 haben das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr den Regierungen, den unteren Bauaufsichts- und Wasserrechtsbehörden und den Gemeinden Hinweise zur Errichtung von Gebäuden in Überschwemmungsgebieten gegeben. In diesem Rahmen wurde auch das Thema wassergefährdende Stoffe, insbesondere Heizöltanks aufgegriffen. Daneben wird den Gemeinden im Rahmen der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie die Erstellung gemeindlicher Alarm- und Einsatzpläne empfohlen, in denen auch Vorsorgemaßnahmen für Läger gefährlicher Stoffe geplant werden können.

Schönauer (Bund Naturschutz Bayern)

Die Problematik der Öltanks ist seit 1999 bekannt. Nun sind dieselben Probleme wieder aufgetreten. Informationsschreiben reichen hier nicht aus. Der Staat muss handeln und Vorgaben machen um eine Umstrukturierung zu erreichen. Gibt es konkrete Pläne, um von der Nutzung von Heizöl wegzukommen?

Ellmayer (StMI)

Öltanks in Überschwemmungsgebieten sind bisher nicht generell verboten. Das Problem entsteht auch nicht durch die Öltanks an sich, sondern ggf. durch eine fehlende hochwassersichere Lagerung. Durch entsprechende Maßnahmen müssen Öltanks gesichert werden. Unabhängig davon kann in der Überschwemmungsgebietsverordnung die Neuerrichtung von Ölheizungen inkl. Heizöltanks im betreffenden Überschwemmungsgebiet gänzlich untersagt sein.

Hopf (LfU)

Das Landesamt für Umwelt hat bereits 1999 Informationsmaterialien zur Sicherung von Heizöltanks veröffentlicht. Nach dem Hochwasser 2013 wurde ein weiteres Infoblatt herausgegeben. Es gilt, diese Informationen auch an die Betroffenen zu bringen. Bei der Verbreitung können die Landratsämter mithelfen.

Schönauer (Bund Naturschutz Bayern)

Obwohl es umfangreiche Studien zu den enormen Schäden 1999 gab, muss weiter an jeder Stelle gekämpft werden, dass nicht weiter in Überschwemmungsgebiete gebaut wird. Was unternehmen das StMUV und die Regierungen, um eine Zunahme des Schadenspotenzials zu verhindern? Werden Retentionsräume festgelegt? Gibt es Absiedelungspläne wie im Fall von Moos?

Eichenseer (StMI)

Mithilfe der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten werden wir zunächst einmal aufzeigen, für welche Flächen eine Hochwassergefahr besteht. In festgesetzten Überschwemmungsgebieten dürfen keine weiteren Baugebiete ausgewiesen werden. Bestehende Siedlungen genießen Bestandsschutz. Der Freistaat Bayern wird nicht alle hochwassergefährdeten Bereiche schützen können. Im Bereich von Einzelsiedlungen oder dort, wo ein Hochwasserschutz nicht wirtschaftlich ist, sind Maßnahmen der Eigenvorsorge oder der Bauvorsorge (wie z. B. Dämmplatten einsetzen, Heizung umrüsten oder die Elektronik höher setzen) gefordert. Eine Absiedelung ist nur in Einzelfällen möglich.

Schönauer (Bund Naturschutz Bayern)

Es muss in Zukunft eine umfassende Diskussion zur Hochwasservorsorge und zur Beteiligung geben. Es müssen großräumige Flächen für den Hochwasserrückhalt eingesetzt werden. Was unternimmt der Freistaat Bayern im Bereich des natürlichen Hochwasserschutzes? Steht die Ausweisung von Retentionsräumen zur Diskussion und ist hier eine umfassende Bürgerbeteiligung vorgesehen?

Eichenseer (StMUV)

Nach dem Pfingsthochwasser 1999 wurden in ganz Bayern Basisstudien zur Realisierbarkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt. Zahlreiche Schutzprojekte wurden bereits umgesetzt. Es gibt dennoch eine Reihe kleinerer Ortschaften mit geringerem Schadenspotenzial, für die ein Hochwasserschutz nicht wirtschaftlich ist. Alle Basisstudien wurden zwischen den Wasserwirtschaftsämtern und den Gemeinden intensiv diskutiert. Die Gemeinden sind über die Gefahren informiert.

Schöler (Verbund Innkraftwerke)

Sind die Vorhersagen tatsächlich so genau, dass man auf dieser Grundlage Maßnahmen wie z. B. die Evakuierung eines Altenheims anordnen könnte? Bei einer Fehleinschätzung bestünde die Gefahr, dass zukünftige Prognosen nicht mehr ernst genommen werden.

Dr. Grambow (StMUV)

Bei Prognosen gibt es immer einen Unsicherheitsbereich. Wir müssen lernen, damit umzugehen und Bewusstsein zu schaffen. Es ist besser, unnötige Vorkehrungen zu treffen, als vom Hochwasser überrascht zu werden. Bei den Prognosen wird der Unsicherheitsbereich offen kommuniziert. Der Freistaat Bayern wird demnächst auch Langfristprognosen für zwei bis drei Tage im Internet veröffentlichen, die aber mit einem hohen Unsicherheitsfaktor behaftet sind. Im Juni 2013 hat die Verwaltung bereits vier Tage im Voraus auf Grundlage der prognostizierten Regenmengen entsprechende Vorkehrungen getroffen und beispielsweise Personal aus dem Urlaub zurückbeordert, da fast die doppelte Menge an Niederschlag kalkuliert war. Dadurch konnten zusätzliche Schäden verhindert werden.

Schöler (Verbund Innkraftwerke)

Wäre es nicht wichtig deutlich zu machen, dass Prognosen mit Unsicherheiten behaftet sind?

Ellmayer (StMI)

An den Oberläufen oder bei Starkregenereignissen sind der Prognosezeitraum und die Vorwarnzeit oft sehr kurz. Am Mittel- und Unterlauf der großen Flüsse bleibt dagegen in der Regel mehr Zeit zur Vorbereitung. Für Starkregen gibt es seit 2005 in Bayern ein Unwetterwarnsystem. Die Warnungen in diesem Rahmen sind bisher Kreisverwaltungsbehörden bezogen; in Zukunft soll gemeindescharf gewarnt werden. Ob aufgrund einer vagen Prognose Evakuierungsentscheidungen getroffen werden müssen, kann nur im Einzelfall entschieden werden. Im Zweifel gilt das Vorsorgeprinzip. Das zeigen auch die Erfahrungen aus Deggendorf: Zum Teil mussten Personen, die sich gegen eine frühzeitige Evakuierung entschieden hatten, später mit Hubschrauber gerettet werden.

Zeitler (Bayerischer Ruderverband)

In Oberfranken haben wir die Informationen von der Regierung bekommen. In Ober- und Niederbayern ist der Ruderverband stärker vertreten und auch stärker betroffen. Wann bekommen wir weitere Informationen in Ober- und Niederbayern?

Merz (LfU)

Der bayerische Anteil des Flussgebiets Elbe (also die Planungseinheiten Saale und Eger) läuft in Bayern als Pilotgebiet voraus. Im Donaugebiet wird es im Mai Informationsveranstaltungen der Regierung zur weiteren Vorgehensweise geben. Sie werden hierzu demnächst eingeladen.

Schönauer (Bund Naturschutz Bayern)

Gibt es bei der Beteiligung auch außerhalb des Maßnahmenkataloges Möglichkeiten, Vorschläge einzubringen – zum Beispiel, wenn ein Vorschlag nicht im Maßnahmenkatalog abgebildet ist? Auf welcher Ebene finden die Auftaktveranstaltungen statt und wer ist Veranstalter?

Merz (LfU)

Die Informationsveranstaltungen werden von den Regierungen organisiert und finden auf Ebene der **Planungsräume** (z. B. Inn) statt. Die Beteiligung findet auf Ebene der **Planungseinheiten** statt. Das sind Teileinzugsgebiete (z. B. „Rott“ in Niederbayern). Der Maßnahmenkatalog deckt alle Handlungsfelder ab (Risikovermeidung, technischer und natürlicher Hochwasserschutz, Vorsorge, Wiederherstellung/Regeneration). Da die Maßnahmenbeschreibungen sehr weit gefasst sind, sollten sich alle Ideen auch in Maßnahmen wiederfinden. Bitte haben Sie Verständnis für die Maßnahmeneinteilung, da wir als Verwaltung die Maßnahmen für Koordination mit den Nachbarn und die Berichterstattung an die Europäische Kommission einheitlich zuordnen und dokumentieren müssen.

Unbekannt²

Im operativen Katastrophenschutz haben wir mit verschiedenen Ansprechpartnern zu tun. Das Hochwasserrisikomanagement wird vom Umweltministerium angestoßen; finanziert werden wir jedoch vom Innenministerium. Gibt es ein Dokument, wo alles zusammengefasst ist? Ich sehe bisher noch keine einheitliche Linie.

Merz (LfU)

Die Handlungsanleitung wurde vom Umweltministerium herausgegeben. Entstanden ist sie jedoch als gemeinsames Projekt mehrere Ministerien sowie der kommunalen Spitzenverbände. Als fachübergreifendes Dokument bildet sie den Überbau, unter dem alle Maßnahmen zusammengefasst sind und zwischen den verschiedenen Ressorts abgestimmt wurden. Auf der operativen Ebene werden Sie es immer wieder mit verschiedenen Institutionen zu tun haben. Alle Beteiligten können sich auf die Handlungsanleitung beziehen. Dort sind die Maßnahmen auf Grundlage der Verwaltungsstrukturen den zuständigen Behörden zugeordnet. Durch das Hochwasserrisikomanagement werden sich

² Wortmeldung kann anhand Teilnehmerliste nicht zugeordnet werden

zukünftig auch auf der operativen Ebene die verschiedenen Zuständigkeiten besser zusammenbringen lassen.

Nagl (Bund Naturschutz Bayern)

Werden auch transnationale Aspekte berücksichtigt (zum Beispiel die Abstimmung in Fragen des Hochwasserschutzes mit Baden-Württemberg und Österreich)? Hier würden wir gerne mit der Verwaltung ins Gespräch kommen, um große Rückhalteflächen auf internationaler Ebene schaffen zu können.

Dr. Grambow (StMUV)

Neben der integralen Herangehensweise ist die grenzüberschreitende Abstimmung und Zusammenarbeit ein zentrales Prinzip des Hochwasserrisikomanagements und der Wasserrahmenrichtlinie. Die internationale Abstimmung ist vor allem durch den Regensburger Vertrag, die Internationale Kommission zum Schutz der Donau, die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins und die Bodenseekommission geregelt. Zusätzlich finden regelmäßige bilaterale Abstimmungsgespräche statt – zuletzt beispielsweise zur Evaluierung des Junihochwassers. Dort versuchen wir auch große Themen wie natürliche oder gesteuerte Rückhalteräume anzusprechen. Neben der Donau soll in den nächsten Jahren auch verstärkt der Inn untersucht werden. Teilweise erfolgt die Abstimmung auch über CIS-Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene. Das Umweltministerium berichtet gerne über die Abstimmungsprozesse. Aufgrund der komplexen Strukturen wird es jedoch kaum möglich sein, dieses Thema anschaulich darzustellen.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Eine Verschneidung des Projektgebietes von „Wertach vital I“ mit den Hochwassergefahrenkarten wäre sinnvoll.

In der Praxis ist es oft schwer, Flächen für Maßnahmen des Hochwasser- und Naturschutzes zu erwerben. Setzt der Freistaat Bayern ausschließlich auf Freiwilligkeit oder stehen auch „härtere“ Maßgaben zur Verfügung? Sind Enteignungen grundsätzlich denkbar?

Eichenseer (StMUV)

Alle im Projekt „Wertach vital“ vorgestellten Maßnahmen bedürfen eines Wasserrechtsbescheides. Das ist nur möglich, wenn eine Maßnahme im öffentlichen Interesse liegt. Bei Vorliegen eines Wasserrechtsbescheides hat die Verwaltung theoretisch auch die Möglichkeit der Enteignung. Dies ist jedoch ein schwieriger Weg, der bis zu 20 Jahre dauern kann. Daher setzt der Freistaat Bayern auf Freiwilligkeit und Kooperation. Maßnahmen möchten wir gerne im Konsens umsetzen.

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Bei naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen gibt es im Gegensatz zu Flächen, die für den Hochwasserschutz erforderlich sind, keine Grundlage für Enteignungen, da der Ausgleich i.d.R. nicht zwingend nur auf einer bestimmten Fläche erfolgen muss, sondern der Ausgleich auf einem größeren Gebietsumgriff erfolgen kann. Ausgleichsmaßnahmen sind nicht zwingend ortsgebunden.

Enteignungen sind immer die ultima ratio. Unser Ziel ist es, im Einvernehmen mit allen Beteiligten vorzugehen. Das ist mühsam, hat aber bisher funktioniert.

Dr. Arzet (StMUV)

Gibt es im zweiten und dritten Projektabschnitt Möglichkeiten den natürlichen Rückhalt zu erhöhen?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Da sich die Abschnitte II und III im städtischen Bereich befinden und wenig Platz zur Verfügung steht, wird hier der Schwerpunkt auf dem technischen Hochwasserschutz liegen. Rückhalt durch Rückverlegung von Deichen ist daher vorwiegend im südlichen Bereich (bereits umgesetzter Abschnitt I) möglich. Dieser reicht allerdings nicht aus, um auf technischen Maßnahmen in Augsburg verzichten zu können.

Zeitler (Ruderverband)

Wie wirkt sich das vorgestellte Projekt auf das Rückhaltevolumen aus?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Zum Rückhaltevolumen kann ich Ihnen keine konkrete Summe nennen. Die Maßnahmen des Projekts „Wertach vital (Phase I)“ sind auf größere Hochwasserereignissen ausgerichtet. Konkrete Auswirkungen auf den Pegel Augsburg können nicht nachgewiesen werden. Maßnahmen des natürlichen Rückhalts wirken vor allem in der Summe, wenn man das gesamte Einzugsgebiet betrachtet.

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Gibt es auch Maßnahmen der Gewässerökologie, die von den Beteiligten gewünscht wurden, aber im Projekt „Wertach vital“ bisher nicht umgesetzt werden konnten?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Gerade im Bereich „Wertach vital I“, der bereits realisiert wurde, sind unter den bestehenden Randbedingungen wenige Wünsche offen geblieben. Lediglich im Bereich der Nährstoffeinträge im Einzugsgebiet der Wertach gibt es noch Handlungsbedarf.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Können Sie einen groben Wert nennen, wie viel der Kubikmeter Retentionsraum beim Flächenerwerb kostet?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Das kann man so pauschal nicht sagen. Die Quadratmeterpreise variieren sehr stark zwischen ländlichen und städtischen Räumen.

Schönauer (Bund Naturschutz Bayern)

Ist der technische Hochwasserschutz für die in der Präsentation gezeigte Gaststätte wirtschaftlich?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Die Gaststätte war bereits vorher da und fällt unter den Bestandsschutz. Die Gaststätte wurde nicht mit dem auf dem Bild zu sehenden technischen Bauwerk vor Hochwasser geschützt. Sie liegt vielmehr auf der Wertachseite des Deiches. Die Hochwasserschutzwand schützt nicht die Gaststätte, sondern dahinter liegende Wohngebiete.

Nagl (Bund Naturschutz Bayern)

Wird das Erfolgsbeispiel „Wertach vital“ publik gemacht? Gibt es Informationsmaterialien?

Neumeier (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth)

Es gibt bereits zahlreiche Informationsmaterialien zum Projekt „Wertach vital“. Diese werden fortlaufend aktualisiert, da die Projektphasen II + III noch anstehen. Mittlerweile laufen in Bayern viele ähnliche Projekte wie z. B. die Aufweitungen, Sekundärauen und Deichrückverlegungen an der Iller bei Vöhringen oder das geplante Projekt „Licca liber“.

II Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

- *Vortrag „Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Bayern – Stand der Dinge auf dem Weg zum guten Zustand der Gewässer“ (Klaus Arzet, StMUV)*

Dr. Arzet beleuchtet die wasserwirtschaftliche Praxis bei der Umsetzung der WRRL. Innerhalb des 6-jährigen Bewirtschaftungs- und Planungszyklus sind unterschiedlichste Themen und Handlungsebenen parallel zu bewältigen. Derzeit läuft die Umsetzung der Maßnahmenprogramme (MNP) aus der 1. Periode, gleichzeitig werden die Bewirtschaftungspläne (BWP) und neuen MNP für die Periode 2016-2021 vorbereitet. Wir blicken auf 13 Jahre Umsetzung der WRRL zurück und haben mit Blick auf die Zielerreichung 2027 in etwa „Halbzeit“ erreicht. Die Beteiligung der Maßnahmenträger und der Öffentlichkeit bei der Erarbeitung der 2. MNP läuft jetzt an, da Ende 2014 sowohl die Entwürfe der MNP und der BWP veröffentlicht werden müssen. Die Aktualisierung der sogenannten Bestandsaufnahme konnte bis Anfang dieses Jahres abgeschlossen werden. Ein wesentliches Ergebnis stellt die Analyse der Risiken dar, in welchen Wasserkörpern die Bewirtschaftungsziele ohne weitere Maßnahmen voraussichtlich nicht erreicht werden können. Diese ist Grundlage für die derzeit anstehende Maßnahmenplanung. Entwürfe der MNP liegen voraussichtlich bis Ende 2014 vor, Ende 2015 sollen die fertig gestellten BWP veröffentlicht werden.

In nächster Zeit wird ein aktualisierter Internetauftritt zur WRRL freigeschaltet werden.

Zur Thematik Vertragsverletzungsverfahren zu Wasserdienstleistungen ist anzumerken: Nach Ansicht der EU-Kommission setzt Deutschland die Wasserrahmenrichtlinie, das Hauptinstrument der EU für den Gewässerschutz, nicht richtig um. Es geht dabei konkret um unterschiedliche Auslegungen des Begriffs "Wasserdienstleistungen". Laut EU-Vorgaben sollen bei Kostenberechnungen für alle Wasserdienstleistungen Umwelt- und Ressourcenkosten mitberechnet werden, um so zu einer sparsamen Wassernutzung beizutragen. "Wasserdienstleistungen" sind dabei nach Ansicht der KOM ein weiter Begriff und umfassen z.B. auch die Wasserentnahme zur Kühlung von Industrieanlagen und für Bewässerung in der Landwirtschaft. Deutschland wendet die Regeln aber nur für die Trinkwasserversorgung und die Entsorgung und Aufbereitung von Abwässern an. Die KOM verlangt daher, dass Deutschland die Definition seiner Wasserdienstleistungen erweitert. Es bleibt abzuwarten wie der EuGH entscheiden wird. Sofern es zu einer Neuregelung käme, ist zunächst der Bund gefragt, wie ein Entnahmeentgelt dann zu gestalten ist. Das Umweltbundesamt hat dazu ein Gutachten erstellt, das im Internet verfügbar ist.

In der jetzt anstehenden WRRL-Planungsphase steht die Integration von Anforderungen aus Naturschutz/Biodiversität und HMRM-RL im Mittelpunkt. Ziel ist es, Synergien mehr zu nutzen; in der Praxis ist dies trotzdem nicht immer ganz einfach.

- *Vortrag „Maßnahmenprogramme für die 2. Bewirtschaftungsperiode 2016-2021 und Beteiligungsmöglichkeiten der Verbände“ (Bettina Haas, StMUV)*

Grundlage für die Maßnahmenplanung ist die aktualisierte Bestandsaufnahme. Es handelt sich um eine veränderte und deutlich bessere Datengrundlage als 2004. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aufgrund der geänderten Methodik nicht gegeben. Die Risikoanalyse beinhaltet eine Abschätzung, ob die Ziele bis 2021 voraussichtlich erreicht werden können. Dies schließt sowohl die Wirkung durchgeführter Maßnahmen als auch

Einflüsse anthropogener Entwicklungen mit ein. Die Ergebnisse werden in Kürze im Internet veröffentlicht.

Wird prognostiziert, dass die Ziele der WRRL bis 2021 (möglicherweise) nicht erreicht werden, sind Maßnahmen vorzusehen. Die Risikoanalyse und die Maßnahmenplanung erfolgen belastungsspezifisch, d.h. für die Bereiche stoffliche Belastungen aus Punkt- und diffusen Quellen, hydromorphologische Veränderungen sowie Bodeneintrag.

Maßnahmen werden von Verwaltungen aus dem Bereich Naturschutz, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft sowie von privaten Maßnahmenträgern und Kommunen vorgeschlagen, zusammengestellt und auf Konsistenz geprüft. Diese Zusammenstellungen werden in Runden Tischen besprochen und ggf. unter Einbeziehung weiterer Maßnahmenvorschläge z.B. der Verbände diskutiert. Die Runden Tische schließen eine Diskussion geeigneter Maßnahmen, Abschätzungen zur Maßnahmenwirkung sowie zur Dringlichkeit der Maßnahmen ein. Die Aufstellung der Maßnahmenprogramme erfolgt durch die Wasserwirtschaftsverwaltung; es handelt sich um eine strategische Planung. Es geht noch nicht um die Planung von Einzelmaßnahmen. Letzteres erfolgt im Rahmen von Umsetzungskonzepten.

Diskussion

Nagl (BUND Naturschutz Bayern)

Thema HWRM-Plan und auch WRRL-Bewirtschaftungsplan für deutsches Donaugebiet, bzw. für Obere Donau mit Österreich.

Dr. Grambow (StMUV)

Es gibt bereits verschiedene Aktivitäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, z.B. zwischen D und A über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau auf Basis des sogenannten Regensburger Vertrags, innerhalb von IKSD und IGKB sowie auf Grund sonstiger bilateraler Verträge. In diesem Rahmen finden intensive Diskussionen statt. Ziel ist die transparente Darstellung dieser Prozesse; diese sind jedoch auch sehr vielfältig und komplex.

Dr. Arzet (StMUV)

Angebote zur Beteiligung sind da, es liegt an den Verbänden diese auch zu nutzen.

Binder (Verein zum Schutz der Bergwelt)

- a) Gibt es schon Zahlen, wie viel Prozent der Wasserkörper (WK) ein Risiko zur Zielverfehlung aufweisen?
- b) Wird auch die Wirkung der bereits durchgeführten Maßnahmen abgeschätzt?

Dr. Haas (StMUV)

Zu a): Es gibt noch zu viele „Unklar-Fälle“ um Angaben zu Prozentanteilen machen zu können. Grundsätzlich gilt: Es gibt noch mehr WK mit Handlungsbedarf als ohne.

Zu b): Beim letzten Wasserforum (März 2013) hat Herr Dr. Fischer Beispiele zur Wirkung der Maßnahmen vorgestellt. Es dauert eine gewisse Zeit, bis sich die Wirkung von Maßnahmen als Änderung der Zustandsklasse zeigt. Aktuell sind meist erst Veränderungen innerhalb einer Zustandsklasse zu beobachten.

Dr. Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen)

a) Es gab das letzte Mal kein fertiges Protokoll.

b) Forum steht für einen offenen Dialog. Bisher wurde zu viel verkündet, es sollte mehr Dialog stattfinden.

c) Wir sollten nicht nur über die administrativen Schritte reden, sondern auch über die Probleme. Ergebnisse des Instituts für Fischerei sind ernüchternd. Es wird soviel für die Gewässer getan, aber es verändert sich im Gewässer immer noch viel zu wenig.

d) Es gibt große Probleme mit der Durchgängigkeit. Strategisches Durchgängigkeitskonzept, zuletzt 2011 bearbeitet. Wie ist der Stand?

Antwort:

zu a): Das Protokoll des 13. Wasserforums ist veröffentlicht (siehe

http://www.lfu.bayern.de/wasser/wrrl/beteiligung_oeffentlichkeit/wasserforum_bayern/index.htm).

Zu b) - d): siehe Diskussion unter „Offenem Forum“

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Was sind die ergänzenden Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft? Vermehrte Erosion und Abschwemmungen müssten anders behandelt werden als bisher. Welche erfolgversprechenden Maßnahmen werden zur Minderung stofflicher Belastungen künftig umgesetzt? Die bisherigen ergänzenden Maßnahmen auf freiwilliger Basis werden als nicht ausreichend angesehen.

Dr. Haas (StMUV)

Die im Maßnahmenkatalog enthaltenen Maßnahmen sind wirksam. Diese werden auch in das neue Maßnahmenprogramm aufgenommen. Die strategische Planung im Maßnahmenprogramm legt zunächst die Art der Maßnahmen fest, der nächste Schritt ist die Maßnahmenumsetzung. Anmerkungen gehen eher dahin, dass die Maßnahmen-Umsetzung im Bereich Landwirtschaft noch weiter forciert werden muss.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Die Art der Maßnahme festzustellen reicht nicht, die Finanzierung muss auch gesichert werden. Wie sieht z.B. das neue KULAP aus?

Dr. Malcharek (StMELF)

Bayern hat bei der Umsetzung landwirtschaftlicher Maßnahmen auf Freiwilligkeit gesetzt und will dies auch weiterhin tun. Die Umsetzung der freiwilligen Maßnahmen wird durch die Förderung im Rahmen von KULAP unterstützt. Aus bayerischer Sicht eröffnet diese Vorgehensweise auch die Möglichkeit zielgerichteter vorzugehen, als über verpflichtende, flächendeckend gültige Maßnahmen.

Der immer wieder vorgebrachten Kritik, dass Bayern die Regelungen zum Gewässerrandstreifen aus dem WHG nicht übernommen hat, ist entgegenzuhalten, dass diese Regelung lediglich ein Umbruchverbot in einem Streifen von 5 m entlang des Gewässers beinhaltet. In Bayern soll dagegen dort wo erforderlich ein mindestens (!) 5 m breiter Streifen angelegt werden, der so gestaltet wird, dass eine merkliche Wirkung gegen Stoffeinträge ins das Gewässer erzielt wird, was deutlich über die Vorgaben des WHG hinausgeht.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Bodenabtrag und Eintrag von Nährstoffen sind ein Problem. Welche ergänzenden Maßnahmen werden an Kläranlagen durchgeführt? Die kleinen Gemeinden werden mit zu vielen Maßnahmen belastet.

Dr. Haas (StMUV)

Insgesamt ist die Abwasserreinigung in Bayern auf einem hohen Niveau. Die gesetzlichen Vorgaben werden flächendeckend umgesetzt; nur vereinzelt besteht hier noch Handlungsbedarf. In Einzelfällen bzw. bestimmten Gebieten sind weitergehende Anforderungen zur Reduzierung von Phosphor-Einträgen durch Kläranlagen erforderlich. Nährstoffeinträge werden mit Hilfe des Modells „MONERIS“ modelliert; hierüber wird ermittelt, welchen Anteil diffuse (landwirtschaftliche) und punktuelle (abwasserbürtige) Einträge an der Gewässerbelastung haben. Daraus wird der Handlungsbedarf abgeleitet. Maßnahmen werden nicht einfach auf die kommunale Ebene verschoben.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Gerade kleinere Gemeinden haben aber den Eindruck, dass dies geschieht. Die Erfüllung strengerer Kriterien seitens der Gemeinden und die damit verbundene Bürgerbelastung wird sehr kritisch gesehen; die Umweltverbände stehen hier Seite an Seite mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Nagl (BUND Naturschutz Bayern)

a) Wann finden die Runden Tische zur Maßnahmenplanung statt? b) Es kann nicht sein, dass wieder nur allgemeine Maßnahmen-Planung gemacht wird. Wir kommen so inhaltlich nicht weiter. Die Maßnahmen müssen gegenüber der ersten Umsetzungsperiode konkretisiert werden.

Schwaiblmaier (StMUV)

a) Die Runden Tische finden im ersten Halbjahr 2014 statt, ähnlich wie bei der HWRM-RL.
b) Die WRRL gibt die Umsetzungsschritte vor, d. h. eine Planung vom Groben ins Feine. Maßnahmenprogramme sind strategischer Natur, daher werden in diesen Maßnahmenarten auf Ebene von Wasserkörpern aufgezeigt.

Betz (Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt)

Frage zur Bundeswasserstraße Donau: Warum wurden die OWK neu zugeschnitten? Die Zuschnitte bilden die Grundlage für die Zustandsbewertung und Maßnahmenplanung. WSV bittet dazu um frühzeitige Beteiligung.

Dr. Haas (StMUV)

Die Zustandsbewertung wird erst Mitte 2014 vorgenommen. Austausch und Abstimmung sind auch aus Sicht des StMUV erforderlich und werden zugesichert.

Dr. Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen)

Wasserwirtschaft und Landwirtschaft führen getrennte Runde Tische durch. Wieso werden die Verbände bei den runden Tischen der Landwirtschaft ausgeschlossen?

Dr. Haas (StMUV)

Hier liegt ein Missverständnis vor: Verbände können bei beiden Veranstaltungen teilnehmen.
Nachträglicher Hinweis: Runde Tische / „Informationsveranstaltungen“ werden – entgegen dem damaligen Planungsstand – meist als gemeinsamen Veranstaltungen durchgeführt.

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

- a) Die Zustand der Donau war zunächst politisch zu gut bewertet. Ist dies immer noch so?
- b) Was bedeutet Risiko vorhanden/Risiko unklar? Sind in diesen Fällen dann verstärkte Maßnahmen notwendig? Kein Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.
- c) Was ist im Hinblick auf den Ausgang des Vertragsverletzungsverfahrens zum Thema Wasserdienstleistungen zu erwarten? Welche Kosten würden auf Deutschland im Falle einer Verurteilung durch den EuGH zukommen? Einführung von

Wasserentnahmeentgelten: Wie hoch wären diese in Bayern? Würde dies Geld für Maßnahmen bedeuten?

Schwaiblmair (StMUV)

Zu a): Eine politische Bewertung des Zustands der Donau hat nicht stattgefunden und wird nicht stattfinden. Die Ergebnisse aus der Aktualisierung der Bestandsaufnahme mit vorläufigen Zustandsbewertungen der Wasserkörper werden demnächst im Internet verfügbar sein. (unter: <http://www.lfu.bayern.de/wasser/wrrl/bestandsaufnahme/index.htm>)

Zu b): Risiko vorhanden bedeutet, dass ein WK ohne weitere ergänzende Maßnahmen die Umweltziele bis 2021 nicht erreichen kann. Für solche WK werden Maßnahmen geplant und ins MNP aufgenommen. Wenn das Risiko mit unklar bewertet wurde, lagen bis zum Abschluss der Bestandsaufnahmeaktualisierung noch keine ausreichend klaren Informationen vor, die eine Einschätzung des Risikos in „Zielerreichung zu erwarten“ oder „Zielerreichung unwahrscheinlich“ zuließen. Es folgen weitere Datenauswertungen, z. B. aus der Zustandsbewertung, um die Grundlagen für eine Maßnahmenplanung zu haben.

Dr. Arzet (StMUV)

Zu c): Derzeit keine Einschätzung möglich. Wenn es zu einer Verurteilung käme, ist die Höhe von Wasserentnahmeentgelten, die in einem solchen Fall einzuführen wären, aufgrund der bestehenden Unwägbarkeiten aktuell nicht abzusehen. Die kürzlich eingeführte Erhebung von Wasserentnahmeentgelt in Rheinland-Pfalz geht wohl in Richtung dessen, was Sie sich wünschen; jedoch gibt es auch hier im Detail viele Ausnahmeregelungen. Die Thematik ist im Detail sehr kompliziert und für die Planungen zum kommenden Bewirtschaftungszyklus sicherlich noch nicht relevant.

Markus Müller (Bayerischer Bauernverband)

Ist die Zeitplanung für Runde Tische von Mai bis Juni nicht zu knapp? Kann man sich nicht mehr Zeit lassen?

Schwaiblmair(StMUV)

Die WRRL bzw. das WHG gibt als Termin für die Veröffentlichung der Entwürfe von Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen den 22.Dezember 2014 vor. Daher müssen Runde Tische frühzeitig durchgeführt werden, damit die Maßnahmenplanung rechtzeitig abgeschlossen werden kann. In 2015 können im Rahmen der Anhörungen auch noch Anregungen entgegengenommen werden, die noch zu Änderungen in den Dokumenten führen können. Bei Bedarf finden auch 2015 runde Tische statt.

III Offenes Forum

1) Synergien zwischen WRRL – Natura 2000 – HWRM-RL/Hochwasserschutz

Binder (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Warum können große europäische RL nicht zusammengefasst werden? Warum ist es eine so große Verwaltungskunst, dass diese RL in einem Prozess umgesetzt werden können?

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Wasserkraftwerke werden in bestehende Naturschutzgebiete geplant. Wie ist dies möglich? Warum verhindern die Behörden dies nicht? Diese Verfahren kosten die Verbände viel Kraft. Wie kann dies verbessert werden?

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Naturschutzverbände beteiligen sich bereitwillig, sie sehen es auch als ihre Aufgabe. Gleichzeitig besteht seitens der Wasserwirtschaftsverwaltung auch der Wunsch nach Beteiligung. Können die Verbände evtl. gewisse finanzielle Unterstützung erhalten? In vielen Fällen ist die Beteiligung einfach nicht mehr machbar, da Verfahren und Abstimmungen sehr umfangreich sind. Verbandsbeteiligung sollte sichergestellt werden.

Dr. Henschel/Kraier (LfU)

Mit der Dreifachsynergie sind wir noch nicht so weit, aber Integration von Natura2000 und WRRL ist auf dem Weg. Es gibt hier große Überschneidungen: 80 % der Natura2000-Gebiete sind WRRL-relevant. (Weiteres siehe Folien) Echte Synergien an 10 % der Fließgewässer. Es ist nicht mehr notwendig, nur mit gebietsspezifischen Erhaltungszielen zu arbeiten, sondern es liegen zahlreiche Managementpläne vor. Diese werden in 2. BP integriert. Es findet eine enge Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschafts- und Naturschutzverwaltung statt.

Eichenseer (StMUV)

Zur Anmerkung von Herrn Binder: Wir machen bereits viel zur Zusammenführung von WRRL mit HWRM-RL. Herr Binder hat dazu auch in seiner Zeit maßgeblich beigetragen. In der Praxis erfolgt bereits eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Teilbereichen. Die Richtlinienziele werden in Bayern verknüpft; ca. 20 % der Hochwasserschutzmaßnahmen wirken auch für die WRRL. Auch bei Reporting auf EU-Ebene ist Zusammenführung in Vorbereitung. Der LAWA-Maßnahmen-Katalog wurde auch schon zusammengeführt. Synergien, Konflikte und Richtlinien-neutrale Maßnahmen werden im Katalog entsprechend ausgewiesen. Ferner gibt es einige sehr gute Projekte zur Integration der Belange.

Dr. Kolbinger (StMUV)

Bereits seit 2007 wird das Fisch-Monitorings im Rahmen der Umsetzung der FFH- und WRRL abgestimmt und werden soweit möglich Beprobungen zusammengelegt.

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Vertragsverletzung Art. 4 FFH-RL. Nach der Listung der KOM muss jeder MS besondere Schutzgebiete ausweisen. Bayer. Gesetzgebung reicht noch nicht aus. Hier wäre es notwendig, diese auch noch mit zu berücksichtigen bei der Umsetzung der WRRL.

Dr. Otto (LfU)

Ergebnis muss abgewartet werden, da konkrete Konsequenzen für den Freistaat Bayern und sich daraus ergebende Verpflichtungen noch nicht klar sind.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

1991 wurde die Nitrat-RL verabschiedet. Die Nitratprobleme müssen angegangen werden. DE hat sich aber trotzdem Zeit gelassen und erst 2006 als das Vertragsverletzungsverfahren abgeschlossen war, hat DE zurückgeschrieben, dass die Länder dies zahlen müssen, nicht der Bund.

a) Wir fordern eine aktive Beteiligung der Verbände. Zum Programm des Wasserforums folgendes: Es handelt sich nicht um „Themen der Verbände“, sondern um „Themen der Gesellschaft“ und Gesetze unseres Staates. Warum wird nicht mal ein Vortrag aufgenommen? Aktive Einbindung der Verbände muss sein, sonst ist dies nicht konform mit Art. 14 WRRL.

b) Zum Thema HWRM-RL: wichtige Themen wurden nicht thematisiert. Der natürliche Hochwasserschutz und der damit verbundene Flächenbedarf werden ausgeblendet. Hierfür brauchen wir mehr Land. Der BUND hat an StM Marcel Huber geschrieben, dass diesbezüglich ein Konzept mitgeteilt werden sollte, insbesondere die Rolle von Poldern muss thematisiert werden. Wo sind die Flächen, die für Deichrückverlegung angedacht sind? Auf unsere Anfrage haben wir keine befriedigende Antwort erhalten. Aufgrund von Sachzwängen wird hier nichts getan.

Eichenseer (StMUV)

Technischer Hochwasser-Schutz, natürliche Retentionsräume, Eigenvorsorge sind die Säulen der bayerischen Hochwasserschutz-Strategie. In letzter Zeit wurden in Bayern einige Erfolge erzielt. Darin sind auch natürliche Retentionsräume enthalten. Es ist richtig, dass Rückhalteräume nicht in dem Umfang geschaffen wurden, wie im Programm mit Stand 2010 vorgesehen war. Die Rahmenbedingungen sind schwierig, aber im Bereich des natürlichen Rückhalts wird viel getan. 8-10 Jahre sind erforderlich von der Planung bis zur Umsetzung.

Nagl (BUND Naturschutz Bayern)

Integration der drei Bereiche WRRL, HWRMRL und Natura2000 ist wichtig, jedoch nicht gleich alles in den formalen Verwaltungsrahmen pressen. Eine umfassende Behandlung ist notwendig. Natura2000 ist nicht gleich Biodiversität. Auch wenn Gewässer in gutem Zustand sind, geht weiterhin Biodiversität verloren. Das Thema Biodiversität wird nicht ausreichend behandelt. Biotopverbund („grüne Infrastruktur“) ist ein weiteres wichtiges Stichwort. Dazu sollte eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Bei der Donaoraumstrategie zur Biodiversität sind wir bereits auf einem guten Weg. Dies sollten wir in Bayern durch Einrichtung von Arbeitsgruppen fortsetzen.

Dr. Otto (LfU)

Zur Anmerkung von Herrn Lintzmeyer zur Planung von Wasserkraftwerken in Naturschutzgebieten: Im Gesetz gibt es keine Möglichkeit jemanden davon abzuhalten, ein Projekt zu planen. Alle Planungen müssen von den Behörden geprüft werden, einschließlich der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Ausnahmen. Verbände haben die Möglichkeit sich in Verfahren zu beteiligen. Die gesetzlichen Grundlagen müssen beachtet werden. Die Behörde kann die Verbände hier nicht entlasten.

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Problem ist, dass das Verfahren dann nach Ablehnung in abgewandelter Form wieder aufgenommen wird. Verbände müssen ständig wachsam sein, das kann gar nicht geleistet werden.

2) Durchgängigkeit an Fließgewässern

Dr. Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen)

Das Offene Forum ist ganz am Ende der Veranstaltung, sollte aber eine zentrale Stellung haben.

Statement zum Thema Durchgängigkeit an Bundeswasserstraßen: Bayern läuft hier Gefahr im 14. Jahr der Umsetzung der WRRL in ein Vertragsverletzungsverfahren zu geraten. Durchgängigkeit bedeutet, dass ein Gewässer frei fließen kann. Für die Wasserkraftnutzung bedarf es umweltfreundlicher Lösungen. Es geht nicht nur darum, unterschiedliche Positionen darzustellen, sondern Lösungen zu finden.

Betz (Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt)

Bundeswasserstraßen, wie z.B. der Main, sind sehr weit ausgebaut. Zahlreiche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wurden daher bereits umgesetzt. Weitere Maßnahmenumsetzung ist kaum möglich. Wo soll diese erfolgen? Am Main sind viele ökologische Maßnahmen

umgesetzt worden. Bei der Durchgängigkeit gibt es ein strategisches Umsetzungs- und Priorisierungskonzept des Bundes, das im Internet abrufbar ist. Für ersten BP wurden einige Maßnahmen umgesetzt, es gibt auch 2 Pilotprojekte. Es gibt offene Fragen bei der Wasserkraft, die gelöst werden müssen. Die Umsetzung von Durchgängigkeitsmaßnahmen ist häufig nicht gegeben, da die Rechtslage nicht geklärt ist. Zudem ist das notwendige Monitoring häufig teurer als die Herstellung der Durchgängigkeit.

Eichenseer (StMUV)

Es gibt eine Reihe von Rechtsfragen zwischen Bund und Ländern, die noch zu klären sind. Derzeit wird ermittelt, was an Bundeswasserstraßen zu machen ist, Umsetzungskonzepte werden erarbeitet. Ein Teil der Maßnahmen kann im Rahmen der Gewässerunterhaltung umgesetzt werden.

Schöler (VERBUND Innkraftwerke GmbH)

Zum Beispiel bei der Ausleitungsstrecke Inn-Mühldorf wurde in Jettenbach ein Umgehungsgerinne für den Fischeaufstieg errichtet. Im Zeitraum 2012-2022 werden Maßnahmen für 20 Mio. EUR umgesetzt. Die aufwärtsgerichtete Durchgängigkeit an den Kraftwerken von Rosenheim bis Stammham wird bis 2015 hergestellt. Auch ökologische Verbesserungen am Inn sind vorgesehen, z.B. Flussbettaufweitungen, Anlegen von Kiesbänken und Anbindung der wertvollen Aubereich/Altgewässer, Entfernen von Uferversteinerungen. Ziel ist es den Erhalt der Fischpopulation zu sichern. Insgesamt sind dann zwischen Rosenheim und Stammham im Zeitraum 2004 bis 2024 insgesamt 35 Mio. EUR aufgewendet worden.

Schwaiblmair (StMUV)

Auswertung der Maßnahmenumsetzung: In Bayern sind seit 2009 bisher ca. 1000 Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit umgesetzt worden.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Umfangreiche Maßnahmen laufen, aber noch eine Anmerkung zum „Forum Fischechutz“ im Januar 2014. An der Schadensquelle, an den Turbinen wird nichts gemacht, hier ist der Schaden am Größten. Allein durch Strukturverbesserungen kann kein ausreichender Fischechutz erreicht werden, die Maßnahmen können nur übergangsweise eine Lösung sein. Durch Strukturverbesserungen wird die Reproduktion der Fische unterstützt, es bleiben also mehr „übrig“, aber die Fische werden immer noch geschädigt. Hinweis auf Umweltschadengesetz: Wasserkraft ist als berufliche Tätigkeit festgelegt – hier besteht Sanierungspflicht(!).

Dr. Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen)

1000 Maßnahmen schön und gut, aber trotzdem ist am Inn noch kein Querbauwerk durchgängig. Für Fischabstieg ist bisher keine Maßnahme vorhanden. Viel wird getan, aber die Wirkung ist gering. Am Main sind einige Sachen gemacht worden, aber dies ist nur „nice to have“. Die Probleme werden nicht gelöst. An den Bundeswasserstraßen ist viel priorisiert worden, aber in den 4 Jahren ist nichts gemacht worden, weil die notwendigen Maßnahmen so umfangreich, die Auseinandersetzung mit den Kraftwerksbetreibern so aufwändig sind, dass die Kraftwerksbetreiber nicht angesprochen werden.

Schöler (VERBUND Innkraftwerke GmbH)

Große Wasserkraftwerke entsprechen in der Leistung etwa einem Atomkraftwerk. Bei großen Wasserkraftanlagen und großen Turbinen werden kaum tote Fische gefunden, dies wird regelmäßig überprüft. Die Fische gehen über die Wehre. Rein rechnerisch gehen 10 % verloren. Die TU München wurde beauftragt zu untersuchen, wie groß die Schäden sind, die tatsächlich von Wasserkraftwerke verursacht werden.

Dr. Grambow (StMUV)

Die Diskussion ist sehr vielschichtig und jeder hat ein bisschen Recht. Es handelt sich um komplexe Themen, d.h. viele Informationen werden benötigt. Wir leben in einer „verhandelnden Gesellschaft“. Welche Welt wollen wir denn? Es gibt erkennbare Resultate in einer komplett überformten Umwelt. Wieweit wollen wir denn das zurückdrehen? Was können wir überhaupt tun? In jedem Bereich ist es so, dass es auch berechnete andere Interessen gibt, die wir berücksichtigen müssen. Wir versuchen alle, unser Wissen zu erweitern und weitere Fortschritte zu erzielen. Kontroverse Diskussionen müssen geführt werden. Im Endeffekt wird es notwendig sein, Kompromisse zu finden.

Es gilt, auf dem bisher gesammelten Wissen aufzubauen und zu diskutieren, Kleingruppen sollten sich zusammensetzen, Themen können weiter vertieft werden in kleineren und größeren Gruppen.

Schönauer (BUND Naturschutz Bayern)

Wir haben einen zu starken Lobbyismus, der einseitig die Entscheidungsträger beeinflusst. Dabei geht der Naturschutz unter. Nicht Umgehungsgerinne sondern Umgebungsgewässer wären erforderlich. Die technischen und energetischen Steigerungen müssten zurückgegeben werden an den Fluss. Das Problem ist die Genehmigungspraxis der letzten 70 Jahre.

Die Schädigungsrate durch Wasserkraftwerke liegt nicht bei 10 sondern bei 30 %.

Die Position des StMUV müsste stärker gegenüber den Lobbys der Landwirtschaft, der Wasserkraft etc., vertreten werden.

3) Stoffeinträge aus der Landwirtschaft

Dr. Paukner (Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Fluss-Allianzen)

Die Durchgängigkeit und die Einträge durch die Landwirtschaft sind die beiden großen Probleme.

Der Boom bei der Entwicklung des Biomasse-Mais hat zu massiven Problemen geführt (Beispiel Drachensee). Die Einträge haben eher zugenommen. Das „Greening“ bietet einige Chancen. Hier müssen wir dem Gewässerschutz einen größeren Raum geben. Diese Einträge müssen gemindert werden. Dieses Thema sollte in einem eigenen Workshop behandelt werden.

Schwaiblmair (StMUV)

Es gibt im Publikum einige Interessenten. StMUV befürwortet, dass ein solcher Workshop organisiert wird.

Dr. Malcharek (StMELF)

Das StMELF ist ebenfalls bereit dazu, merkt aber an, dass dann auch die betroffenen Landwirte vertreten sein sollten.

4) Methanbildung in gestauten Fließgewässern

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Methan hat 20-30 stärkere Schädigung als CO₂. Wie sind Methaneinträge bei uns im Verhältnis zu wärmeren Regionen der Welt zu bewerten? Was bedeuten vor dem Hintergrund des Klimawandels 2 bis 3 Grad Celsius Temperaturerhöhung für die Methanemissionen? – liegen hier wissenschaftliche Untersuchungen vor? Kann das StMUV ggf. dazu eine Studie initiieren, ob das Thema für Bayern relevant ist.

Schwäricke (BUND Naturschutz Bayern)

Eine wissenschaftliche Studie in den Staustufen des hessischen Mains liegt schon vor. Ergebnisse sind im Internet abrufbar (siehe BfG).

Dr. Kolbinger (StMUV)

Es gibt derzeit widersprüchliche Aussagen der Wissenschaft. Ein Projekt zu Methanemissionen aus bayerischen Gewässern soll in Abstimmung mit der Universität Koblenz-Landau erfolgen (zum weiteren Sachstand siehe Folien).

5) Standard für Rampen

Renner (Bayerischer Kanuverband)

Frage bezüglich des an das StMUV gerichteten Schreibens zum Thema Durchgängigkeit und Bau von Rampen: Die bauliche Gestaltung wird vor Ort sehr unterschiedlich gehandhabt. Anregung ist, im Rahmen von Dienstbesprechungen mit WWA das Thema mal zu vertiefen.

Zeitler (Bayerischer Ruderverband)

Bei Sohlschwelen ist die Durchfahrbarkeit nicht gegeben. Einheitlicher Standard ist wünschenswert, damit Boote nicht über längere Strecken getragen werden müssen. Wenn Sohlrampen nicht befahren werden können, sollte es eine Möglichkeit zum Umtragen der Boote geben.

Eichenseer (StMUV)

Es gibt keine einheitlichen Standards wie Rampen baulich auszubilden sind. Das geht auch nicht, da je nach Naturraum unterschiedliche Anforderungen bestehen. Es gibt DWA-Regelwerke zur Errichtung von Sohlrampen. Die WWA sind sehr kreativ, dies wollen wir auch erhalten.

Dr. Grambow (StMUV)

Die raue Rampe z.B. ist von Herrn Barnikel (WWA RO) erfunden worden, der auch Kanufahrer ist und die Rampe für Kanufahrer optimiert hat. Diese Form der Rampe wurde inzwischen auch in anderen Teilen der Welt gebaut.

Renner (Bayerischer Kanuverband)

Es geht nicht um einheitlichen Standard, aber um Erfahrungsaustausch.

Eichenseer (StMUV)

Die Idee des Erfahrungsaustauschs wird aufgenommen und in diesem Jahr mit interessierten Ämtern organisiert.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Es gibt ein Handbuch zur Gestaltung von Rampen, in dem auch die Pionierleistung von Herrn Barnikel gewürdigt wird, mit den unterschiedlichen Formen von Sohlgleiten. Auch

wenn Rampen für Kanufahrer optimiert werden, so muss doch Funktionsfähigkeit der Rampen insbesondere für Fische erhalten bleiben.

Eichenseer (StMUV)

Es sollte möglich sein, Rampen für Fische und Kanufahrer zu bauen.

6) Sonstiges

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Der Fischzustandsbericht stellt verschiedene Einflussfaktoren auf Fische dar auf Basis der Befischungen für die WRRL. Bei der Nutzung von Synergien ist die Frage, inwieweit diese Ergebnisse auch Berücksichtigung bei weiteren WRRL-Planungen finden, da viele Wasserkörper aufgrund von Fischergebnissen mit mäßig oder schlecht zu bewerten sind.

Dr. Kolbinger (StMUV)

Die Befischungen werden nach WRRL-Kriterien durchgeführt und auch für die Bewertung nach WRRL verwendet. Der Bericht geht aber auch darüber hinaus, z.B. wenn es um den Kormoran geht, der per se kein wasserwirtschaftliches Thema ist. Die Bewertung anhand der Fische wurde und wird von der Wasserwirtschaft mit Vertretern der Fischereifachverwaltung und der Landwirtschaftsverwaltung abgestimmt. Ein neues Projekt wurde ins Leben gerufen, um die Ursachen für den Rückgang der Fische zu ermitteln; dieses wird durch die TU München bearbeitet. Das Projekt soll auch durch eine Arbeitsgruppe begleitet werden, die auch schon zum ersten Mal getagt hat.

Schnell (Landesfischereiverband Bayern)

Die Auftragsvergabe an die TU München wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt.

Dr. Kolbinger (StMUV)

Die Auftragsvergabe wurde dem Landesfischereiverband frühzeitig mitgeteilt.

Dr. Grambow (StMUV)

Am Bodensee haben sich die Fischer beklagt, dass die Fische zurückgehen aufgrund der mangelnden Nährstoffe. Der Vorschlag war, die Reinigungsleistung der Kläranlagen zurückzufahren, obwohl der Phosphoreintrag noch zu hoch war. Der Grund für den schlechten Zustand der Fischpopulation ist noch nicht ausreichend bekannt; die Ursachen

für Schädigungen können vielfältig sein. Die Frage ist inwieweit man den Zustand in den Gewässern zu bestimmten Zwecken überformen darf. Wir sind bereit diesen Weg zu gehen, nach besten Lösungen zu suchen. Bitte helfen Sie mit.

Dr. Lintzmeyer (Verein zum Schutz der Bergwelt)

Diese Diskussion ist bereits am Tegernsee gelaufen, als die Ringkanalisation gebaut wurde. Wir müssen es einfach hinnehmen, dass die Fische dann etwas zurückgehen.

Otto Feldmeier (BUND Naturschutz Bayern)

Synergieeffekte: Im Art. 1 Bundesnaturschutzgesetz ist ein „ausgeglichener Wasserhaushalt“ herzustellen. Wie geht das?

Dr. Otto (LfU)

Die Frage bezieht sich wohl auf § 1 Abs. 3 Nr. 3 BNatSchG. Danach sind „zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts insbesondere Meeres- und Binnengewässer vor Beeinträchtigungen zu bewahren und ihre natürliche Selbstreinigungsfähigkeit und Dynamik zu erhalten; dies gilt insbesondere für natürliche und naturnahe

Gewässer einschließlich ihrer Ufer, Auen und sonstigen Rückhalteflächen; Hochwasserschutz hat auch durch natürliche oder naturnahe Maßnahmen zu erfolgen; für den vorsorgenden Grundwasserschutz sowie für einen ausgeglichenen Niederschlags-Abflusshaushalt ist auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege Sorge zu tragen.“

Das bedeutet, dass auch durch geeignete Maßnahmen des Naturschutzes dazu beigetragen werden soll, ein an den Niederschlagsverhältnissen ausgerichtetes Abflussgeschehen aufrecht zu erhalten oder zu entwickeln. Geeignet in diesem Sinne sind z.B. die Schaffung von Retentionsflächen oder Maßnahmen, die das Wasserspeichervermögen der Böden verbessern.

§ 1 Abs. 3 BNatSchG definiert grundsätzliche Ziele zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, die aber weder Befugnisnorm noch im Einzelfall konkret zwingender Handlungsauftrag sind. Den Grundsätzen und Zielen des Naturschutzrechts ist bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe und vor allem bei Ermessensentscheidungen Rechnung zu tragen. Sowohl beim Planungsermessen als auch bei Verwaltungsentscheidungen sind die definierten Ziele wichtige Belange. Darüber hinaus verpflichtet § 2 Abs. 2 BNatSchG alle Behörden des Bundes und des Freistaats dazu, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Verwirklichung dieser Ziele zu unterstützen.

Die Vermeidung und der Ausgleich von Beeinträchtigungen der Retentionsfähigkeit und der Versickerungsfähigkeit der Landschaft gehören auch zu den Grundsätzen der Gewässerbewirtschaftung nach §6 WHG. Entsprechende Maßnahmen des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft werden daher in der Planung abgestimmt, um synergetische Wirkungen zu erzielen.

Schwäricke (BUND Naturschutz Bayern)

Findet Fragebögen sehr positiv. Arbeitsgruppen dürfen jetzt gebildet werden. Die Verbände sollten aber schon von Anfang an einbezogen werden, nicht Vorlage bereits „mit der Lobby“ abgestimmter Papiere.

- *Ergebnisse aus Fragebögen*

24 Fragebögen wurden ausgefüllt zur Auswertung abgegeben. Die Ergebnisse der Auswertung sind in Folien wiedergegeben, die von Hr. Schwaiblmair am Ende der Veranstaltung gezeigt wurden und dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

- *Fazit der Veranstaltung*

Herr Grambow dankt allen für die Vorbereitung und allen Vortragenden. Herzlichen Dank an alle Teilnehmer und für die regen Diskussionen.

Anlage: Teilnehmerliste

Anlage zum Protokoll

Teilnehmerliste 14. Wasserforum Bayern

Name	Vorname	Organisation
Agerer	Richard	e.on Kraftwerke GmbH
Amann	Nanni	LfU
Arzet, Dr.	Klaus	StMUV
Betz	Sabrina	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt
Binder	Walter	Verein zum Schutz der Bergwelt
Birkholz	Eva-Maria	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Dallmeier	Johann	Regierung von Schwaben, SG 52
Eckert	Roland	Werksfeuerwehrverband Bayern e.V.
Eichenseer	Erich	StMUV
Ellmayer	Hans	StMI
Erhardsberger	Pius	BBV Augsburg
Eschenbacher	Peter	Werksfeuerwehrverband Bayern e.V.
Fehrer	Lena	LfU
Feldmeier	Otto	BN Bayern
Feldmeier	Monika	BN Bayern
Friedl	Heinrich	Kehlheim Fibres GmbH
Genius	Diana	LfU Ökoenergie-Institut Bayern
Grambow, Prof. Dr.-Ing.	Martin	StMUV
Haas, Dr.	Bettina	StMUV
Haimerl, Dr.	Gerhard	Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, Leiter Wasserbau Technik
Härtl	Gerhard	Bayerischer Kanu-Verband e.V.
Hausse	Erich	Regierung von Oberfranken
Henschel, Dr.	Thomas	LfU
Hofmann	Sina	LfU 54

Name	Vorname	Organisation
Hopf	Günter	LfU
Hoppe, Dr.	Michael	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Knübel	Antonia	LfU
Kolbinger, Dr.	Andreas	StMUV
Kraier	Wolfgang	LfU
Kring	Mathias	IHK Schwaben
Lenz	Johann	Wacker Chemie AG
Liebig	Nicolas	Deutscher Verband für Landschaftspflege e.V.
Lintzmeyer, Dr.	Klaus	Verein zum Schutz der Bergwelt
Lohmeyer	Birgit	LfU Ökoenergie-Institut Bayern
Lucas, Dr.	Joachim	MVV IGS Gersthofen GmbH
Ludwar	Julia	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Malcharek, Dr.	Alexander	StMELF
Melzer	Andrea	Regierung von Niederbayern
Merz	Gabriele	LfU
Müller	Markus	BBV Schwaben
Nagl	Gerhard	Bund-Naturschutz
Neumann	Alexander	LfU
Neumeier	Ralph	WWA Donauwörth
Nüßlein	Friedrich	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Ökologischen Landbau, Agrarökologie und Bodenkultur
Paukner, Dr.	Josef	Donau-Naab-Regen-Allianz/ Arbeitsgemeinschaft bayerischer Fluss-Allianzen
Reich	Steffen	Deutscher Alpenverein
Renner	Rolf	Bayerischer Kanuverband
Rieger, Dr.	Dieter	LfU
Röder	Anna	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bayern (ANU)
Sappl	Siegfried	Regierung von Oberbayern, SG 52
Schmedtje, Dr.	Ursula	LfU

Name	Vorname	Organisation
Schnell	Johannes	Landesfischereiverband Bayern e.V.
Schöler	Klaus	VERBUND Innkraftwerke GmbH
Schönauer	Sebastian	Bund-Naturschutz
Schruhl	Xaver	DLRG Landesverband Bayern e.V.; Ref. KatS
Soos-Schupfner	Jano	
Schwaiblmaier	Stephan	StMUV
Schwäricke	Renate	BUND Naturschutz in Bayern e.V. , Sprecherin Landesarbeitskreis Wasser
Schweigert	Susanne	LfU
Schymala	Siegfried	THW Landesverband Bayern
Sorg	Ulrich	LfU 54
Stemmer	Maria	Bayerischer Bauernverband
Sturm	Wolfgang	Freiw. Seenot-Dienst e.V.
Süß	Christine	Regierung von Oberfranken
Wagenpfeil	Birgitt	AELF Augsburg
Wintermeyer	Jana	VKU
Wolf	Albert	StMWI
Wölflé	Gunther	Regierung von Schwaben
Zanker	Korbinian	StMUV
Zauner	Franz	VERBUND Innkraftwerke GmbH
Zeitler	Hans	Bayer. Ruderverband, Ref. Umwelt & Ruderreviere
Zirker, Dr.	Matthias	Mainsite GmbH & Co. KG